

## Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

18. Sitzung – Kulturpolitischer Ausschuss

3. Juni 2020, 14:00 bis 15:30 Uhr

### Anwesend:

Vorsitz: Karin Hartmann (SPD)

### CDU

Sabine Bächle-Scholz  
Dr. Horst Falk  
Thomas Hering  
Claudia Ravensburg  
Armin Schwarz  
Frank Steinraths  
Joachim Veyhelmann

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kathrin Anders  
Silvia Brünnel  
Frank Diefenbach  
Daniel May  
Katrin Schleenbecker

### SPD

Christoph Degen  
Kerstin Geis  
Manuela Strube  
Turgut Yüksel

### AfD

Dr. Frank Grobe  
Heiko Scholz  
Dimitri Schulz

### Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger  
Moritz Promny

### DIE LINKE

Elisabeth Kula

### Fraktionslos

Alexandra Walter

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

CDU: Philipp Breiner  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Marina Zahn  
 SPD: Anja Kornau  
 AfD: Dr. Wolfgang Heinrich  
 Freie Demokraten: Maximiliane Rink  
 DIE LINKE: Nicole Eggers

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Prof. Dr. Woz	Prin	HKM
Keßner	Pr	HKM
Diitz, Hol	RDirin	Stk
Brandt	Pol.	HKM
Miehl	1. StP in	HKM
MEYER-SCHOLTEN	MDgt	HKM
Lückel	VA	HKM

Protokollführung: RDirin Michaela Öftring

**Inhaltsverzeichnis:****Punkt 1:****Gesetzentwurf****Fraktion der Freien Demokraten****Gesetz zur Stärkung der digitalen Bildung im Hessischen Schulgesetz**– Drucks. [20/2666](#) –

– siehe nicht öffentlicher Teil –

**Punkt 2:****Gesetzentwurf****Fraktion der CDU,****Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Elftes Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes**– Drucks. [20/2788](#) –

– siehe nicht öffentlicher Teil –

**Punkt 3 neu:****Antrag****Fraktion DIE LINKE****Digitale Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellen –  
Lehr- und Lernmittelfreiheit müssen auch in der Krise gelten**– Drucks. [20/2785](#) –**S. 4****Punkt 4 neu:****Dringlicher Entschließungsantrag****Fraktion der SPD****Tablets für alle – Teilhabe an digitaler Bildung ermöglichen**– Drucks. [20/2824](#) –**S. 4****Punkt 5 neu:****Dringlicher Antrag****Fraktion der Freien Demokraten****Schnelle Ausstattung hessischer Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten**– Drucks. [20/2844](#) –**S. 4****Punkt 6 neu:****Verschiedenes**

– siehe nicht öffentlicher Teil –

**Punkt 3 neu:****Antrag****Fraktion DIE LINKE****Digitale Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellen –  
Lehr- und Lernmittelfreiheit müssen auch in der Krise gelten****– Drucks. [20/2785](#) –****Punkt 4 neu:****Dringlicher Entschließungsantrag****Fraktion der SPD****Tablets für alle – Teilhabe an digitaler Bildung ermöglichen****– Drucks. [20/2824](#) –****Punkt 5 neu:****Dringlicher Antrag****Fraktion der Freien Demokraten****Schnelle Ausstattung hessischer Schülerinnen und Schüler mit digi-  
talen Endgeräten****– Drucks. [20/2844](#) –**

Abg. **Elisabeth Kula:** Wir haben in der letzten Plenarwoche der Diskussion schon vorweggegriffen. Wir haben das Problem, dass wir auch noch nach den Sommerferien den eingeschränkten Betrieb der Schulen werden haben müssen. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig, dass wir den vollen Regelbetrieb nicht wieder aufnehmen können. Deswegen wird der Fernunterricht im nächsten Schuljahr weiterer Bestandteil des Alltags vieler Schülerinnen und Schüler, aber auch vieler Lehrkräfte sein. Und jetzt ist natürlich die spannende Frage, wie das in einer Gesellschaft bewerkstelligt werden kann, in der es eine enorme soziale Ungerechtigkeit gibt, die sich leider auch, wie wir alle wissen, durch unser Bildungswesen immer weiter reproduziert, und da auch durchschlägt.

Es gibt jetzt das Bundesprogramm, das auch schön und gut ist, aber natürlich hinten und vorne nicht ausreicht, um für alle Schülerinnen und Schüler eine digitale Teilhabe zu sichern. Letzten Endes sehen wir jetzt, was passiert: Diese Mittel wurden bisher nicht ausgeschüttet. Die Frage ist: Wieso? Wie sollen die 5 Millionen €, die das Land angekündigt hat und die noch hinzukommen sollen zu den 37 Millionen € Bundesmitteln, hier in Hessen konkret verteilt werden? Wie soll eine Bedürftigkeitsprüfung aussehen? All das dauert viel, viel zu lange. Aktuell haben die Schülerinnen und Schüler in Hessen davon überhaupt nichts. Die Mittel des Digitalpaktes, auf die auch immer gern verwiesen wird, sind von den Schulträgern größtenteils für andere Dinge eingeplant – in Hessen ist davon bisher überhaupt noch nichts oder fast nichts abgerufen worden –; also haben die Schülerinnen und Schüler in Hessen aktuell nichts von den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln; und das ist für Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen oder sozial-schwachen Familien und deren Teilhabe an Bildung ein erhebliches Problem.

Deswegen finden wir, muss die Landesregierung da schnell und unbürokratisch Abhilfe schaffen; und wir finden auch, dass digitale Endgeräte Teil der Lernmittelfreiheit sind und auch als Lernmittel angesehen werden sollten. Im Schulgesetz steht bereits, dass digitale Schulbücher und Weiteres schon Lernmittel sind. Aber wie soll man diese abrufen, wenn man kein Endgerät hat? Das heißt, auch Tablets oder Laptops müssen als Lernmittel begriffen werden und deswegen müssen alle Schülerinnen und Schüler in Hessen die Möglichkeit haben, auf ein solches digitales Endgerät Zugriff zu haben.

Das Gleiche gilt im Übrigen für die Lehrkräfte. Ich finde, es ist schon eine Ausnahmesituation, wenn Lehrkräfte jetzt eigene private Geräte nutzen müssen, um den Unterricht zuhause überhaupt stemmen zu können. Man muss darauf hoffen, dass Lehrkräfte entsprechend ausgestattet sind. Diese verwenden ihr eigenes Datenvolumen, sie verwenden ihre eigenen Geräte; und, ich finde, das ist dem Lande Hessen als Dienstherren nicht angemessen, dass die eigenen Beamtinnen und Beamte ihre eigenen privaten Geräte nutzen müssen, um den Unterricht vorzubereiten. Deswegen, finden wir, müssen auch alle Lehrkräfte mit entsprechenden Geräten ausgestattet sein; und deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir hoffen, dass von der Landesregierung etwas mehr kommt, als diese angekündigten, aber sich noch in ferner Zukunft befindenden 5 Millionen €.

Abg. **Kerstin Geis:** Wir haben schon vor der Corona-Krise gesehen, dass in Hessen bezüglich der digitalen Bildung der ein oder andere Nachholbedarf besteht; und die Corona-Krise zeigt jetzt in aller Deutlichkeit wie sehr in Hessen Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt und wie sehr sich damit Chancenungleichheit manifestiert. Das ist ein Zustand, bei dem wir felsenfest davon ausgehen, dass es so nicht bleiben kann, sondern dass es die Aufgabe eines Landes sein muss, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, für alle Jugendlichen, für alle Schülerinnen und Schüler herzustellen. Es gibt einfach Eltern, die mehr als ein Kind haben. Diese können sich nicht für jedes Kind ein eigenes Endgerät leisten. Wenn dann diese Kinder zum Beispiel zum gleichen Zeitpunkt digitale Bildungsangebote kriegen – wobei ich Wert auf die Feststellung lege, dass der Versand eines Arbeitsblattes per E-Mail kein digitales Bildungsangebot ist, sondern im besten Fall ein Kommunikationsweg –, dass dann schon ein Problem entstehen kann; und das ist auch Realität in vielen Familien. Es ist zur jetzigen Zeit auch für Kinder und Jugendliche zu Hause eine große Herausforderung, eine gerechte Bildung zu bekommen, und deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, dass genau, wie es Frau Kula gesagt hat, allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eröffnet werden muss, mit einem digitalen Endgerät an digitalen Bildungsangeboten teilzunehmen.

Mit Blick auf Nachhaltigkeit, glaube ich, ist es für die Zukunft wichtig, dass auch Lehrerinnen und Lehrer partizipieren. Wenn von Lehrerinnen und Lehrern erwartet wird, dass sie digitale Bildungsangebote machen, dann muss man sie auch mit dem Arbeitsgerät ausstatten. Ich bin der Überzeugung, dass es genau das Gleiche ist wie beim Finanzamt. Ich erwarte auch nicht, dass mein Finanzbeamter, wenn er Homeoffice hat, meine Steuererklärung auf seinem privaten Laptop macht – schon aus Gründen der Datensicherheit. Von daher, glaube ich, ist es durchaus Standard und nicht als Kür zu verstehen, wenn Lehrerinnen und Lehrer mit entsprechenden Arbeitsgeräten ausgestattet werden. Nachhaltig bedeutet aus meiner Sicht aber auch, und der Blick auf den Versand von Arbeitsblättern per E-Mail ist kein digitales Bildungskonzept, dass in diesem Bereich nochmals deutlich nachgelegt werden muss, auch im Bereich der Fortbildung der Lehrkräfte an hessischen Schulen. Wenn dies von den landeseigenen Instituten nicht sichergestellt werden kann, kann man über außerschulische oder andere Lehrkooperationspartner nachdenken, die solche Angebote zur Verfügung stellen.

Von daher sind wir der festen Überzeugung: Es braucht mehr als die 5 Millionen € zusätzlich; und es muss vor allem schnell und kraftvoll gehandelt werden, damit Kinder nicht länger von Bildung abgehängt sind, allzumal wir auch nicht wissen, wie sich Corona weiter entwickeln wird. Nachhaltigkeit ist hier eines der wichtigsten Schlüsselworte. – Dankeschön.

Abg. **Moritz Promny**: Ich denke, das Schlüsselwort ist die „Digitalisierung“. Das Entscheidende, meines Erachtens, und das ist auch im Rahmen der Plenardebatte deutlich geworden, ist, dass wir durch die Corona-Pandemie wie in einem Brennglas offengelegt bekommen haben, wo die Versäumnisse der Vergangenheit sind. Ein wesentlicher Bereich ist dabei sicherlich die Ausstattung der Schulen mit der entsprechenden Infrastruktur, aber insbesondere auch die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten. Ich glaube, es besteht auch kein Dissens dahingehend, dass das grundlegend notwendig ist. Die entscheidenden Fragen sind aber: Wann werden die Endgeräte ausgegeben? Wie viele Mittel stehen tatsächlich zur Verfügung? An wen gehen sie? Wir haben im Rahmen der Plenardebatte deutlich gemacht, dass wir fordern, originäre Landesmittel aus dem Nachtragshaushalt bereitzustellen.

Der Kollege Schwarz verwies in der Debatte darauf, dass die Mittel des Bundes – die 37 Millionen € – um weitere 5 Millionen € aufgestockt werden. Nun ist es so, dass in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land festgelegt ist, dass das Land ohnehin mit 10 % einsteigen muss, sprich: Die 5 Millionen € sind, sozusagen nur um einen Minimalbetrag, nämlich um 3,5 %, aufgestockt worden.

(Zuruf Abg. Daniel May: Mehr als 5 %!)

Es wäre nach unserer Einschätzung viel wichtiger, die Mittel mindestens zu verdoppeln. Und was wir auch brauchen, ist natürlich die schnelle und unbürokratische Ausstattung der Schülerinnen und Schüler; und das spätestens nach den Sommerferien. In diesem Zusammenhang sind natürlich – die Vorrednerinnen haben das angesprochen – zwei Aspekte wesentlich, die noch erwähnt werden müssen. Das ist die Wartung der Endgeräte; hierfür brauchen wir Mindeststandards. Es braucht darüber hinaus natürlich auch die Ausstattung der Lehrkräfte; und das ist bislang ein Thema, das noch nicht abschließend zufriedenstellend geregelt ist. Ja, man kann kurzfristig über Secure-Boot-Sticks das Notwendigste abfedern, aber langfristig braucht es auch eine Ausstattung für die Lehrkräfte. Summa summarum, wichtig wird sein, schnell und unbürokratisch vorzugehen, damit die Schülerinnen und Schüler ausgestattet sind und damit die Corona-Krise nicht zu einer Bildungskrise in unserem Land wird. – Vielen Dank.

Abg. **Heiko Scholz**: Verehrte Damen und Herren, es kam in der Plenardebatte schon zum Ausdruck: Wir stimmen zu. Ich glaube, hier herrscht allgemeiner Konsens, dass es zur Erfüllung des Bildungsauftrages der Schulen unter allen Bedingungen, also sowohl im Präsenzunterricht als auch im Fernunterricht, notwendig ist, ausnahmslos alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen Endgeräten zu versorgen. Diese Sicherstellung liegt in der alleinigen Verantwortung der Landesregierung. Wir verweisen dabei auf die in Hessen geltende Lehrmittelfreiheit sowie auf den Aspekt des Gleichbehandlungsgrundsatzes.

Leider sind sich SPD und LINKE hier wiederum nicht zu schade, auf dem Rücken der Schulen oder Schulträger eine Neid- bzw. Sozialdebatte zu schüren. Die Frage nach der sozialen Bedürftigkeit der Schüler sowie sozialen Ungleichgewichten stellt sich unseres

Erachtens nicht. Es ist deshalb auch nicht die Aufgabe der Schulen oder der Schulträger über die Bedürftigkeit zu befinden.

Allen Schülern, ich sagte es bereits, ist der Zugang zu digitalen Endgeräten zu ermöglichen, und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Und die Versorgung mit digitalen Endgeräten muss unseres Erachtens unter Beachtung der Aspekte erfolgen: Allgemeinheit, Einheitlichkeit, Einfachheit sowie Datensicherheit. Soll heißen, alle Akteure, sowohl Schüler als auch Lehrer, müssen unbürokratisch – das haben wir heute schon einmal gehört –, zeitnah und ausschließlich für den Schulbetrieb bzw. Dienstgebrauch konfigurierten Endgeräten ausgestattet werden.

Verantwortlich hierfür ist, wie gesagt, die Landesregierung; und das ist völlig unabhängig von den zur Verfügung gestellten Bundesmitteln. Leider fehlt in den Anträgen ein verbindlicher Zeitrahmen, der sehr wichtig ist, in welchem die Ausstattung erfolgen soll. Um dies gleich zu sagen: Der Antrag der Freien Demokraten kommt unseren Forderungen am nächsten; wir können diesem zustimmen. Die Anträge der SPD sowie der LINKEN lehnen wir qua unserer Begründung ab.

Abg. **Daniel May:** Wir haben die Punkte im Plenum alle schon einmal diskutiert. Die Plenardebatte wird jetzt noch einmal wiederholt. Das kann man so machen. Das hat aber bisher keine neuen Erkenntnisse gebracht. Ich stelle fest, dass die Opposition das Rezept hat: Wenn die Landesregierung etwas macht, auch mit einem bestimmten Betrag versehen, dass die Opposition sagt, der Betrag müsse um einen bestimmten Betrag größer sein. Es muss immer etwas mehr sein. Das ist ihr Rezept der letzten Jahre. Damit kommen wir klar. Daran haben wir uns gewöhnt.

Es bedurfte ihrer Initiativen jedenfalls nicht, um das Thema der Digitalisierung auf die Tagesordnung zu heben. Ich darf daran erinnern, dass wir als Land Hessen die Übererfüllung des Digitalpaktes um 25 % weit größer gestaltet haben als alle anderen Bundesländer. Dort macht uns keiner etwas vor. Wir haben das flankiert mit dem Konzept „Digitale Schule Hessen“, das auch eine Fortbildungsoffensive vorsieht. Das haben sie so auch alles abgebildet gesehen. Wir haben das Thema Digitalisierung auch im Zuge der Corona-Krise angepackt; und natürlich wissen sie von ihren kommunalen Bezügen her, dass die Landesregierung diesbezüglich tätig ist; und deswegen haben sie diese Anträge noch einmal eingereicht, nach dem Motto: „Darf es noch etwas mehr sein?“

Ich glaube, dass wir Sie an dieser Stelle aber auch daran erinnern müssen, dass Politik die Kunst ist, zu identifizieren, was erforderlich ist und was man sich tatsächlich leisten kann, denn wenn sie allen alles versprechen – die Versprechen sind im Laufe der Beratungen immer größer geworden –, dann werden sie am Ende des Tages nichts halten können. Von daher, glaube ich, müssen wir die Plenardebatte jetzt nicht nochmals wiederholen. Wir wissen, dass sie immer allen alles versprechen wollen; das kennen wir so von Ihnen. Das können sie weiter so tun. Wir orientieren uns an dem, was wir leisten können. Unsere Versprechen sind haltbar und wir werden leisten, was notwendig ist.

Abg. **Armin Schwarz:** Ich mache direkt dort weiter, wo der Kollege May eben aufgehört hat. Die Politik beginnt wie immer mit der Betrachtung der Möglichkeit; und wir wollen logischerweise nicht nur die Ziele, die wir uns setzten, erreichen, sondern wir wollen auch die Handlungsfähigkeit des Staates – das will ich ausdrücklich sagen –, aufrechterhalten. Deswegen gilt es, in politischer Verantwortung, das sind die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen, auch Prioritäten zu setzen. Und: Bildung hat die Top-

Priorität in diesem Land. Damit das vor der Klammer einmal sehr klar ist. Und nie zuvor ist mehr Geld in Hessen in Bildung investiert worden, als in den letzten Jahren.

Und weil wir da konsequent sind, setzen wir das auch genauso fort. Und – ja, darin kann ich die Vorredner unterstützen –: Die Corona-Situation hat die Lebenswirklichkeit verändert. Im Übrigen nicht nur im schulischen Bereich, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche betreffend; und weil das so ist, reagieren wir nicht, sondern agieren. Wir haben gerade besondere Programme mit dem Bund vereinbart: die Bundländlervereinbarung umfasst rund 42 Millionen €, also die 37 Millionen € plus die gerade zitierten 5 Millionen €. Die Endgeräte sind hierbei prioritär; allerdings sage ich auch sehr deutlich: Aktuell gibt es Beratungen über einen weiteren Nachtragshaushalt; da werden wir uns ganz sicher auf den Bereich der Digitalisierung konzentrieren; und dann schauen wir einmal, inwiefern die Oppositionsparteien dem Nachtragshaushalt zustimmen können. Darauf bin ich in hohem Maße gespannt.

Um es noch einmal zu unterstreichen: Wir reden nicht nur von 42,2 Millionen €, gucken wir einmal, vielleicht wird es noch etwas mehr, sondern wir reden auch von dem, was Ihnen der Kollege May zitiert hat: Fünfmal 100 Millionen €, die wir im Rahmen des Digitalpaktes auf den Weg bringen; und das ist eine Bund-Länder-Vereinbarung, die immer wieder gern ignoriert wird: bis zu 20 % dürfen Endgeräte angeschafft werden. Wenn wir als Land gemeinsam mit den Schulträgern und Landkreisen sagen: Wir legen statt 10 % 25 % drauf, dann ist das ein fairer Beitrag – auch in Bezug auf die Erhöhung des Wertes für die Anschaffung von digitalen Endgeräten. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist – damit will ich jetzt keine Neiddebatte anstoßen, wenn ich einmal zusammenfasse, was von der Opposition gefordert wird –, dass sie, nur damit es einmal konkret wird, bis Mitte August 2020 die Anschaffung von 860.000 Endgeräten an die Schulen bringen wollen. 800.000 Schülerinnen und Schüler plus 60.000 Lehrerinnen und Lehrer. Das ist es, wovon wir hier reden. Und ich will dies nur, weil wir hier zum Glück Öffentlichkeit haben, fragen, ob das etwas mit Seriosität von Haushaltspolitik und Bildungspolitik zu tun hat und ob das tatsächlich dem Geist entspricht, der mit der Bund-Länder-Vereinbarung – Stichwort: „Sonderprogramm für Endgeräte“ – hinterlegt ist. Denn es ist sehr ausdrücklich vereinbart worden, im Übrigen mit den Ministerpräsidenten und Kultusministern aller Bundesländer, diese sind bekanntlich unterschiedlicher politischer Couleur, dass man sich an der Bedürftigkeit orientiert.

Das heißt im Klartext: Es wird in dieser Diskussion so getan, als müsse alles neu erfunden werden. Das entspricht ausdrücklich nicht den Tatsachen. Den Tatsachen entspricht – Frau Kollegin Kula, das habe ich im Übrigen auch in der Plenardebatte, im Rahmen einer Kurzintervention, worauf sie im Übrigen nicht reagiert haben, schon mal festgestellt –: Es gibt das Sozialgesetzbuch II mit dem Bundesteilhabegesetz. Dies entspricht den Tatsachen; ich kann es nicht ändern. Es ist auch gut so, dass es das gibt. Darüber können wir das entsprechend regeln; und darüber werden wir auch eine Möglichkeit finden, diejenigen Schülerinnen und Schüler, die bedürftig sind, zu bedienen. Natürlich läuft dies nicht zentral, sondern über die Schulträger. Ich bin sehr dafür: zügige Ausschreibung, möglichst zügig unter die Leute, sodass das auch möglichst schnell bei den jungen Leuten ankommt. Da bin ich sehr dabei, aber ich sage nochmals: Tun sie doch nicht so, als gäbe es kein Morgen mehr; tun sie doch nicht so, als gäbe es in anderen Bundesländern, wo sie möglicherweise Mitverantwortung tragen, ein solches Paket, das sie hier einfordern. Ich sage das sehr pointiert, aber in aller Ruhe. Wir können dies weiterhin so machen, aber es hat nichts mit Seriosität zu tun. Sie versprechen allen alles. Denken sie nochmals darüber nach, ob das wirklich glaubhaft ist.



Abg. **Dr. Horst Falk:** Ich will zwei Punkte ansprechen. Das eine ist der Punkt „mobile Endgeräte für alle Lehrkräfte in Hessen“. Dazu hätte ich die Bitte, dass wir das nicht machen. Wenn Sie heute in die Lehrerzimmer gehen und sich die Endgeräte anschauen, die von den Kolleginnen und Kollegen verwendet werden, dann haben Sie dort mehr Auswahl, als in jedem gut sortierten Media Markt. Dort hat jeder das Endgerät, mit dem er zurechtkommt, mit dem er gut arbeiten kann und das auf seine Bedürfnisse und seinen Unterricht optimal eingestellt ist. Ich glaube, keiner möchte vom Land Hessen ein Einheitsgerät mit Einheitssoftware und Einheitslizenzen haben. Das engt die Lehrkräfte vor Ort stark ein, von daher bin ich dafür, die bisherige Praxis beizubehalten.

Das Zweite ist, ich finde es schade, wenn hier von Schülerinnen und Schülern gesprochen wird, die zurzeit abgehängt würden, weil sie zu Hause eben nicht über eine vernünftige Ausstattung verfügen. Das trifft so nicht zu; und das ist ein Schlag ins Gesicht aller Kolleginnen und Kollegen, die sich derzeit wirklich sehr bemühen, sich gar aufopfern, und wesentlich mehr arbeiten, als das in „normalen“ Zeiten der Fall ist, um alternative Möglichkeiten zu finden, um diese Schülerinnen und Schüler mit einzubeziehen, damit diese eben nicht abgehängt werden. Das kommt in der öffentlichen Diskussion derzeit sehr kurz, dass von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort eine große Anstrengung unternommen wird. Das wollte ich an dieser Stelle nochmals zu bedenken geben. – Dankeschön.

Abg. **Kerstin Geis:** Ich habe mich auf den Redebeitrag von Herrn May gemeldet, weil dieser festgestellt hat, dass die Opposition nur „herumnörgle“ und allen alles verspreche.

(Zuruf Abg. Daniel May: Den ersten Part habe ich nicht gesagt!)

– So ist es aber angekommen, Herr May. – An dieser Stelle möchte ich feststellen, dass diese Landesregierung sich immer dann in die Gänge begibt, wenn vorher der Bund irgendetwas kraftvoll beschlossen hat und Geld zur Verfügung stellt. Das war so beim Digitalpakt; das ist so beim Soforthilfeprogramm. Dieses ist übrigens ein gutes Beispiel: In diesem Zusammenhang wird bejubelt, dass 900 Millionen € an die Unternehmen gegeben wurden, allerdings wird versäumt dazuzusagen, dass 670 Millionen € davon vom Bund kommen. Das ist so ein Punkt, wo man sagt: Das Land Hessen geht den Weg kraftvoll voran. – Wer den Spaß aber dann bezahlt, ist etwas Anderes.

Herr Kollege Falk, zum Thema „abgehängt“: Ich möchte sie ausdrücklich einladen, mit mir gemeinsam in meinem Wahlkreis in Ginsheim-Gustavsburg die Tafel zu besuchen. Die Tafel in Ginsheim-Gustavsburg hat 60 mobile Endgeräte an Tafelkinder gespendet – ich lade sie ausdrücklich ein, mit mir gemeinsam diesen Besuch zu machen und sich dort die Realität anzugucken –, jedoch kann es nicht sein, dass im Land Hessen die Tafel für die Digitalisierung von Kindern verantwortlich ist, weil es sich die Eltern dieser Kinder nicht leisten können. Auch das gehört zur Lebensrealität dazu.

Abg. **Elisabeth Kula:** Ich finde die Debatte ein wenig schräg, weil letzten Endes muss man sich doch vor Augen führen, worum es hier wirklich geht. Hier geht es darum, dass Kinder in Hessen nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt am Fernunterricht teilhaben können. Das liegt nicht daran, dass Lehrkräfte nicht engagiert genug sind – im Gegenteil. Dass Sie jetzt aber die Lehrkräfte und die abgehängten Schülerinnen und Schüler gegeneinander ausspielen, ist wirklich daneben. Ein Beispiel: Eine Lehrkraft merkt, in ihrer Klasse gibt es Kinder, die diese digitale Ausstattung eben nicht zuhause oder hierzu kei-

nen Zugang haben. Die Lehrkraft überlegt sich dann etwas anderes und sagt: „Gut, dann muss ich das halt ausdrucken und mit der Post schicken.“ Will diese Lehrkraft das Porto für diese Postversendung dann aber beim Kultusministerium einreichen, sagt das Kultusministerium: „Nö, wir sind nicht zuständig.“ Was ist das denn für eine Politik? Das geht einfach nicht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, die Lehrkräfte machen so eine tolle Arbeit, gleichzeitig stellt man aber nicht die nötigen Endgeräte zur Verfügung oder bezahlt nicht einmal das Porto, wenn diese Geräte eben nicht vorhanden sind. Das geht einfach nicht. Dann können sie sich jetzt auch nicht hier hinstellen und auf die engagierten Lehrkräfte verweisen.

Hier geht es auch nicht um ein „nettes“ Bonbon, welches die Opposition fordert. Es geht hier einfach um ganz grundlegende Dinge; dass Schülerinnen und Schüler am Unterricht teilhaben können.

(Unruhe bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr May. Hören Sie mir bitte zu, denn dies ist ernst. – Sie können jetzt nicht sagen: „Wir geben 5 Millionen € aus – so viel wie kein anderes Land.“ Das interessiert mich erst einmal überhaupt nicht. Hier geht es darum, ob hessische Schülerinnen und Schüler weiterhin die Möglichkeit haben, am Unterricht teilzunehmen. Ich habe kein Interesse daran, eine gesamte Generation, einen gesamten Jahrgang an Menschen zu produzieren, die irgendwie hinten runterfallen werden. Ich unterstelle ihnen das auch nicht; das wollen Sie sicherlich auch nicht. Aber: Sie müssen sich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, wie alle Schülerinnen und Schüler einen Zugang zu einem digitalen Endgerät haben können.

Die Frage nach den Lehrkräften stellt sich selbstverständlich auch. Auch das ist kein „nettes“ To-do, sondern hier geht es darum, inwiefern ein Arbeitgeber seinen Mitarbeitern die nötigen Arbeitsmittel zur Verfügung stellt, um seine Aufgaben erledigen zu können. Deswegen, finde ich, können Sie sich jetzt nicht rausreden, nach dem Motto, dass „die Opposition irgendetwas Irrationales oder Abgehobenes“ fordere, sondern das sind die Basics der Kultuspolitik. Klar, es ist jetzt komplizierter und dringender geworden durch die Corona-Krise, aber jetzt müssen Sie liefern. Ich finde, da kommt aktuell definitiv viel zu wenig.

(Abg. Daniel May: Ich würde sagen, es ist eigentlich ohnehin schon alles gesagt worden!)

Abg. **Christoph Degen**: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich finde, es ist gut, dass wir uns heute etwas Zeit nehmen, um uns wirklich ausgiebig über dieses Thema auszutauschen. Wenn wir bis 16 Uhr fertig werden, können wir das trotzdem alles ganz gut hinbekommen.

Ich möchte noch auf ein paar Dinge eingehen. Herr Kollege Dr. Falk, wir haben uns bisher leider noch nicht persönlich unterhalten können. Ich freue mich auf jeden Fall, dass wieder jemand aus der Schule dabei ist und uns mit seiner fachlichen Expertise unterstützt. Ich muss aber auch sagen – ich gucke jetzt einmal zu Ihnen rüber –: Ich glaube, sie haben ein „Landtagseinheitsgerät“ vor sich stehen, oder? – Wenn Sie Ihren Beitrag jedoch ernst meinen, sollten Sie diese Mandatsausstattung vielleicht zurückgeben, für die Landtagsarbeit ihr privates Gerät verwenden und schauen, wie Sie auf den Landtagsserver zugreifen können und den Datenschutz – wie heute bei nicht öffentlichen Dokumenten – gewährleisten können. Das finde ich ein bisschen schwierig. Ähnliches

gilt auch für Schulen, gerade, wenn es um Schülerdokumente geht, um Schülerdaten oder Schul-Clouds. Da, denke ich, wäre es schon sinnvoll, wenn es für Lehrkräfte eine einheitliche Ausstattung geben würde, damit sie mit den notwendigen Standards auf Daten zugreifen können.

Was das Thema „abgehängt“ angeht, mag vielleicht auch davon abhängen, in welchen Schulen wir miteinander unterwegs sind. Ich bin von Haus aus Förderschullehrer und habe zu manch anderen familiären Hintergründen einen Bezug. Ich kenne einige Familien, die eben keine Endgeräte zuhause haben; und selbst dann, wenn sie ein Endgerät zuhause haben, verfügen sie nicht immer über einen Handyvertrag, wie Sie und ich ihn vielleicht haben, wo man relativ viel Volumen hat, sondern es läuft vielleicht per Prepaid oder wie auch immer. Selbst bei mir ist es momentan so, dass das Volumen bei den vielen Videokonferenzen, die wir machen, recht schnell aufgebraucht ist. Das sind alles Themen, glaube ich, die zeigen, dass man wirklich recht schnell abgehängt werden kann.

Deswegen gibt es in unserem Antrag übrigens auch einen Bestandteil, den ich, glaube ich, nur in unserem Antrag gesehen habe, dass es auch Aufgabe der Landesregierung ist, sich Gedanken darüber zu machen, wie man sich einen Zugang verschafft zu mobilen Datennetzwerken. Dass man auch mit Anbietern Gespräche führen muss, damit eben auch jemand, der zuhause kein WLAN hat, nicht abgehängt wird vom digitalen Lernen auf Distanz.

Kollege Schwarz, zum Thema „Bildung hat Top-Priorität“. Das teile ich leider nicht so. Ich erinnere einmal daran, dass noch nicht einmal alle Lehrerinnen und Lehrer eine E-Mail-Adresse haben und selbst heute über ihre privaten E-Mail-Adressen kommunizieren müssen. Auch das ist datenschutzrechtlich, meiner Meinung nach, sehr schwierig. Genauso ist von den zwei Milliarden, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben im ersten Nachtragshaushalt, meiner Kenntnis nach bisher noch nicht viel für Bildung ausgegeben worden. Ich glaube, auch da würde es uns gut zu Gesicht stehen, jetzt noch einmal Mittel bereitzustellen, um die Ausstattung der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler voranzubringen.

Zum Zeitrahmen und „man verspreche allen alles“. Wenn sie unseren Antrag genau gelesen haben, werden Sie feststellen, dass dort drinsteht, dass alle Schülerinnen und Schüler über ein Endgerät verfügen sollten. Ob das ihr eigenes ist, ob das ein Leihgerät ist, das sie über den Schulträger erhalten, ist hier nicht definiert, aber es muss am Ende so sein, dass jeder über ein Gerät verfügen kann. Das heißt nicht, dass zum Schuljahresbeginn 800.000 Geräte angeschafft werden. Ich zweifle, dass das alleine von der Beschaffung her möglich wäre. Aber am Ende ist es wichtig, auch wenn es eins, zwei oder drei Jahre dauert, bis man ausreichend Geräte hat, dies kann auch über Leasing gehen, dass zum Schuljahresbeginn alle Schülerinnen und Schüler über ein Gerät verfügen; und denjenigen, die diese Unterstützung zuhause nicht haben, muss man helfen.

Ich halte es für falsch, dies nur auf den SGB-II-Bezugskreis zu reduzieren. Ich finde es richtig, dass der Bund, dessen Aufgabe es überhaupt nicht ist, angefangen hat und diesen erst einmal als Rechengrundlage für die Mittel genommen hat, die der Bund bereitstellt. Ich halte es für notwendig – das habe ich auch im Plenum gesagt –, dass das Land Hessen deutlich draufsattelt und auch diejenigen unterstützt, die in einem Graubereich sind, Kinder von Eltern, die keine Reichtümer nach Hause bringen und nicht für jedes Kind ein Endgerät mit entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zur Verfügung stellen können. Daher, glaube ich, würde es uns gut anstehen, deutlich mehr als diese 5 Millionen € draufzusetzen. Ich glaube, wir reden momentan über Beträge in Höhe von 12 Mil-

liarden €, die noch für dieses Jahr im Raum stehen. Daher, glaube ich, kann man diesbezüglich auch mehr ausgeben. Und es hat damit nichts zu tun, dass man „allen alles verspreche“, sondern es ist einfach eine Notwendigkeit, diese entsprechend zu versorgen. Dementsprechend, denke ich, ist unser Antrag sehr ausgewogen und legt Standards fest. Es ist keineswegs so, dass dies alles illusorisch wäre.

Abg. **Frank Diefenbach**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist es so, dass das Land Hessen derzeit alles unternimmt, um das Recht auf Bildung so gut wie möglich zu verwirklichen und zur Geltung kommen zu lassen. Das ist, glaube ich, klar. Das ist der Anspruch.

Auf der anderen Seite muss man auch ehrlich sein und sagen: Solange Corona ein Teil unseres Lebens diktiert, ist Schule nicht ganz dasselbe wie vorher. Das wissen wir; und man kommt daran nicht spurlos vorbei. Das ist auch klar. Deshalb haben wir aktuell – das muss immer das Ideal sein, an dem wir dies messen – nicht den gleichen Zustand wie zuvor. Das ist unstrittig.

Natürlich gibt es in unserem Land zahlreiche Formen sozialer Ungleichheit, die den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern – auch in Hessen – unterschiedlich unterstützen oder behindern. Das ist nicht nur in Hessen so; das ist in ganz Deutschland, auf der ganzen Welt, in verschiedenen Bildungssystemen, wahrscheinlich so. Das fängt an bei den Fragen: Wie viele Geschwister müssen sich ein Zimmer teilen? Haben Sie überhaupt ein eigenes Zimmer? Haben Sie einen eigenen Schreibtisch?

(Abg. Elisabeth Kula (DIE LINKE): Das war nicht der Punkt!)

– Moment, Frau Kula, ich komme gleich zu dem Punkt, der Sie interessiert, mit den Endgeräten usw.

Welche Hefte können sich die Eltern im Supermarkt kaufen? In manchen kann man wunderschön das Schreiben lernen, bei anderen Heften bleibt man mit dem Füller im Holz stecken. Es gibt also viele Kleinigkeiten, die den Bildungserfolg im Großen wie im Kleinen unterstützen, aber auch behindern.

Natürlich haben wir auf manches im Land eher Einfluss als auf anderes. Wir haben auf die Frage nach den digitalen Geräten Einfluss – und den nutzen wir auch. Auf andere Fragen: „Müssen sich Kinder ein Zimmer teilen?“ „Haben sie viel Lärm um die Ohren?“ „Fliegen irgendwelche Flugzeuge über das Hochhaus, in dem sie wohnen?“, darauf haben wir wenig Einfluss. Jedenfalls in diesem Ausschuss. Da müssen wir woanders hingehen.

All diese Dinge behindern vielleicht den Lernerfolg. Vor dem Hintergrund der Benennung irgendwelcher Phantasiezahlen frage ich nochmal meinen Kollegen Promny, der sagte, der Landesanteil müsse in Bezug auf die Endgeräte verdoppelt werden. Warum verdoppelt? Warum nicht verdreifacht? Warum nicht vervierfacht? – Ja, diese Frage muss dann auch beantwortet werden. Ich hatte das in einer der letzten Aussprachen im Plenum gesagt, etwas polemisch zugespitzt, dass das „Höher-Schneller-Weiter-Anträge“ der FDP seien. Ich habe nichts dagegen, dass man seitens der Opposition mehr fordert, aber eine empirische Basis muss das dann auch haben.

Wenn Sie sagen: „Verdoppeln Sie das bitte!“, dann ist mir das doch etwas zu wenig. Am Ende muss es darum gehen, dass wir irgendwann, wenn es die Situation zulässt – das

kann in naher, sehr naher, in mittlerer oder in unbestimmter Zukunft sein; ich kann die Corona-Krise nicht voraussehen – den Präsenzunterricht an den Schulen wiederherstellen. Allein das wird es sein, das am Ende den Schulerfolg wieder für alle so herstellt, wie wir das auch wollen. Nur der Präsenzunterricht, auch wenn er, was wir natürlich wollen, digital flankiert ist – in der Schule selbst, nicht nur zuhause – stellt den Bildungserfolg her.

Nur wenn die Lehrerinnen und Lehrer sehen, welche Stärken und Schwächen die Schülerinnen und Schüler vor Ort ganz konkret haben, kann jemand gefördert werden. Das werden wir nicht erreichen, auch wenn unsere Software noch so ausgefeilt ist, über ausschließlich digitale Angebote. Das hat auch niemand gesagt; das weiß ich auch, aber wir müssen beides wollen: natürlich ausgefeilte, gute, tragfähige, digitale Lösungen. Wir müssen uns auch klar machen, dass sich niemand diese Krise ausgesucht hat und dass unsere Bestrebungen natürlich dahin gehen müssen, unabhängig davon, welchen Zeitraum wir zugrunde legen, dass wir einen guten Präsenzunterricht brauchen, den gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer halten. Das ist die Basis unseres Schulsystems. Das muss unser Ideal sein.

Abg. **Heiko Scholz**: Noch einmal: Unser Bildungsauftrag, der Bildungsauftrag der Schulen, ist unter allen Bedingungen – ich betone: unter allen Bedingungen – sowohl in Form des Präsenzunterrichtes als auch im Heimunterricht zu gewährleisten. Da brauchen wir eine gewisse Flexibilität, je nach Ausprägung der Krise.

Lieber Herr Dr. Falk, eine Gemeinsamkeit haben wir: Wir sind beide Physiklehrer. Sie wissen doch, wie es an den Schulen aussieht. An meiner Schule kam ich mir nicht vor wie in einem MediaMarkt, sondern eher wie im Chaos. Wir hatten affine Lehrer, die mit Computern sehr gut umgehen konnten, die wussten, worauf sie sich einlassen, welche Konfigurationen sie brauchten, um den computergestützten Onlineunterricht durchzuführen. Sie haben aber auch die anderen, die es noch nicht einmal schaffen, eine E-Mail zu verschicken. Der Support ist hier eine ganz wichtige Frage. Sie müssen Geräte haben – das müssen keine überfrachteten Geräte sein, die Grafikkarten haben mit denen sie Spiele spielen können –, die die grundlegenden Softwareelemente beherrschen können. Die Schülergeräte müssen kompatibel sein mit den Lehrergeräten. Ansonsten können sie ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen, und sie machen es auch unmöglich diese Geräte zu warten und zu updaten usw. Deshalb haben wir hier einheitlich konfigurierte Geräte – das hat Herr Degen richtig gesagt –, die den Arbeitsalltag leichter machen. Der Arbeitgeber, das Land, ist dazu verpflichtet, den Lehrern die entsprechende Arbeitsumgebung zu schaffen. Kein Polizist bringt seine Waffe selbst mit.

(Zuruf: Was für ein Vergleich!)

– Das ist sein super Vergleich; das passt. Das sind auch Beamte; und unsere Kollegen sind auch Beamte. Man muss ihnen das Arbeiten ermöglichen.

Nochmals zur ganzen Diskussion um Bundesmittel und Landesmittel. Wie gesagt: Es sind zwei Dinge, die bei der Versorgung der Schüler mit Endgeräten eine Rolle spielen. Es ist nun einmal die hessische Lehrmittelfreiheit. Das sagt alles. Und es ist der Gleichbehandlungsgrundsatz. Die SPD möchte es den Schulträgern oder den Schulen überlassen, die Bedürftigkeit festzustellen. Das ist überhaupt nicht praktikabel. Nach welchen Grundsätzen wollen Sie das tun? Was ist da noch gerecht? Aber hier kommt es überhaupt nicht darauf an, ob es gerecht oder ungerecht ist – das sagte Herr Degen auch –, sondern jeder Schüler muss sein Gerät bekommen. Ob er das nun geschenkt bekommt, ob er es

leihen darf, wie auch immer, es muss das Lernen ermöglichen, zu jedem Zeitpunkt. – Das war es, was ich zu sagen hatte.

Minister Prof. **Dr. Alexander Lorz**: Das passt gerade hervorragend. Ich gebe ehrlicherweise zu, ich habe mich in Reaktion auf den Vortrag von Frau Kollegin Kula gemeldet, weil ich diese Porto-Geschichten, die wild durch die Gegend kursieren, auch schon hörte. Ich will nicht ausschließen, dass irgendwo vielleicht ein Sachbearbeiter tatsächlich einmal so einen Antrag abgelehnt hat, aber sicherlich wird so etwas auch nicht im Kultusministerium eingereicht. Ich will hier einmal eines klarstellen: Natürlich reden wir nicht über solche Dinge. Wenn Sie einen konkreten Fall haben, Frau Kula, und nicht nur irgendeine Story aus dem Internet aufgeschnappt haben, dann reichen Sie diesen bitte ein. Wir regeln das; und wenn ich dieses Porto selbst bezahlen muss.

Ich will noch ein Weiteres sagen, deswegen passt das auch sehr gut in Reaktion auf den Kollegen Scholz: Wir reden hier von der Bereitstellung von Geräten, die den Schülerinnen und Schülern als schulgebundene Endgeräte – das kann man sich noch überlegen, wie man das konstruiert, im Zweifel als Dauerleihgabe – zur Verfügung gestellt werden. Damit gehören sie zur Ausstattung der Schule und unterliegen gerade nicht der Lernmittelfreiheit. Das muss hier einmal statuiert werden: Es ist einfach eine Mär, dass das eine Sache der Lernmittelfreiheit wäre, sondern es ist eine Frage der Schulausstattung. Damit ist es grundsätzlich auch Aufgabe der Schulträger.

Es ist sowohl die Großzügigkeit des Bundes – das sage ich ausdrücklich dazu – als auch die Großzügigkeit des Landes, das hier entsprechend aufstockt – in welcher Höhe, das werden wir noch sehen und beraten –, zu sagen: Wir wollen das nicht bei den Schulträgern belassen, wo es eigentlich zuständigkeitshalber hingehörte, sondern es geht uns hier um die Entlastung der Kommunen; es geht uns um die möglichst schnelle Verfügbarkeit der Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler, die sie brauchen. Deswegen nehmen wir Geld in die Hand: Bund und Land. Dieses Mal lassen wir die Kommunen im Zweifel sogar noch raus. Beim Digitalpakt, das muss man auch anerkennen, waren sie noch mit einem Eigenanteil dabei.

Das Geld, das wir in die Hand nehmen, muss an die Schulträger fließen. Wir brauchen uns nicht über eine andere Konstruktion zu unterhalten, weil es zuständigkeitshalber über die Schulträger abgewickelt werden muss. Aber das Geld muss zunächst einmal zu den Schulträgern, damit es diese zuständigkeitshalber ausgeben können. Das ist es, was Bund und Land an dieser Stelle bereit sind, zu leisten. Das wollte ich einfach noch einmal sagen, um es in die richtigen Proportionen zu rücken.

Jetzt noch einmal zum zeitlichen Ablauf, damit man sieht, dass es mit Sicherheit von unserer Seite nicht in irgendeiner Form verzögert wird, sondern es muss in diesem Hohen Hause noch durch ein ordnungsgemäßes Verfahren, denn wir reden hier von einer erklecklichen Summe Geldes. Das heißt, das muss auch haushaltstechnisch entsprechend eingestellt werden. Deswegen kommt es in den Nachtragshaushalt. Sie wissen, es ist geplant, abhängig von den Gesprächen, die noch in dieser Woche geführt werden, dass das Kabinett darüber am Montag beschließen soll. Die Sonderplenarsitzungen im Landtag sind auch schon eingeplant. Wir verabschieden diesen Nachtragshaushalt also so schnell, wie es irgendwie geht. Aber schneller geht es wirklich nicht. Am 30. Juni werden wir voraussichtlich den Nachtragshaushalt verabschieden. Ich verspreche Ihnen, noch in dieser Woche – der 30. Juni ist, glaube ich, ein Dienstag – können dann die Zuweisungsschreiben an die Schulträger vonseiten des Kultusministeriums verschickt werden; und dann kann es mit der Vergabe der Endgeräte losgehen.

Ich glaube, das Problem, über das wir am Ende am meisten reden werden, wird die Frage sein: Wo kriegen wir kurzfristig 50 bis 80.000 Endgeräte her? Was im Moment alle IT-Leute sagen, ist, dass der Markt leergekauft sei. Davor haben die Kommunen im Moment den größten Respekt, dass sie fragen müssen: Wo kriegen wir diese Geräte möglichst schnell beschafft? Das Geld hierfür wird mit freundlicher Unterstützung aus dem parlamentarischen Raum voraussichtlich am 30. Juni 2020 verfügbar sein.

Abg. **Armin Schwarz**: Ich bin dem Kultusminister sehr dankbar dafür, dass er noch einmal die Einordnung der Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen dargelegt hat, insofern hat sich das eigentlich erübrigt, aber vielleicht, wenn ich jetzt schon das Wort habe, noch zwei Hinweise:

Erstens. Ich bin Christoph Degen dankbar. In der Erläuterung kam heraus, dass es eine deutliche Abschichtung dessen ist, was in der ersten Schlagzeile von euch gelegentlich transportiert wurde. Es wurde – wir wissen ja, wie selektiv gern gelesen wird und was jetzt zum Schluss, nachdem ich erahnt habe, was das mit Seriosität zu tun hat – ein Stück weit abgeschichtet. Das ist schon einmal ganz gut für den Anfang.

Zweitens. Ja, Sie hatten Bezug genommen auf einen enormen Betrag, der in Rede steht für einen zweiten Nachtragshaushalt. Der Kultusminister hat es eben beschrieben: enorme Beschleunigung im Gesamtverfahren; schneller kann es nicht gehen. Und natürlich: Verantwortungsvolle Politik bedeutet, Prioritäten zu setzen für das, was es gerade in einer ganz konkreten Situation braucht; und genau das machen wir.

Letzte Bemerkung, Frau Kollegin Kula. Dass wir uns wechselseitig die Ernsthaftigkeit absprechen, lassen wir besser bleiben. Ich glaube, das ist wirklich nicht ganz in Ordnung. Ich unterstelle Ihnen, das meine ich sehr ernst, dass Sie Ihre Ideen ganz ernsthaft artikulieren. Ich finde es okay, dass es unterschiedliche Positionen gibt. Ein Hinweis sei Ihnen noch gestattet, die Debatte um Lehrerendgeräte betreffend: Bis vor ein paar Wochen gab es diese Debatte nicht. Damit das klar ist.

Und meine allerletzte Bemerkung – dies sage ich zum Kollegen Scholz –: Ich sage in aller Deutlichkeit, Sie und mein wertgeschätzter Kollege Dr. Falk haben nichts, aber auch gar nichts gemeinsam, damit das noch einmal hinterlegt ist. Ich war eben gerade wirklich ein Stück weit erschüttert, aber mittlerweile habe ich mich wieder beruhigt. Das wollte ich nur einordnen.

Abg. **Moritz Promny**: Zunächst einmal mit Blick auf den geschätzten Kollegen Frank Diefenbach aus Michelstadt. Wenn man aus der Perspektive der Opposition auf die Landesregierung blickt, ist die These absolut zutreffend: zu langsam, zu wenig und zu spät. Das ist auch nicht strittig. Das ist absolut zutreffend. Deswegen, Kollege Diefenbach, da sie fragten, was unsere Empirie sei, stelle ich die Frage einmal an Sie: Was ist denn die Empirie für die 3,5 %? – Diese haben Sie bislang auch noch nicht. Eines kann ich ihnen versichern: Wir haben in der Vergangenheit immer wieder nachgefragt, wie der Bedarf denn aussehe. Dazu hat der Kultusminister regelmäßig geantwortet: Dazu haben wir keine Datenlage. Dazu können wir keine Auskunft geben. Das wissen wir aus unterschiedlichen Gründen aktuell noch nicht. Wie gesagt, da haben Sie selbst noch Hausaufgaben zu erledigen. Bevor Sie mit dem Finger auf die Opposition zeigen, wäre es vielleicht gut, diese selbst zu machen.

Zweiter Punkt, Kollege Schwarz. Ja, Politik ist die „Kunst des Möglichen“. Das ist zutreffend. Die These allerdings, dass „Bildung die Top-Priorität habe“, ist dann ein bisschen schwierig. Wir haben mit Blick auf den Nachtragshaushalt, dem wir aufgrund der Krise auch zugestimmt haben, ein Budget in Höhe von 2 Milliarden €. Wenn ich mir jetzt den Vollzug des Nachtragshaushalts einmal genauer anschau, dann stelle ich fest, dass wir von den 2 Milliarden € für den Kultus-Bereich, das runde ich jetzt großzügig auf, 18 Millionen € verausgaben. Von diesen 18 Millionen € sind 10 Millionen € Ausgaben für ausgefallene Exkursionen usw. Das ist also nicht der Bereich, über den wir hier diskutieren.

Insofern jetzt davon zu sprechen, dass „Bildung Top-Priorität habe“, halte ich für schwierig oder auch für nicht wirklich angemessen angesichts dieser Zahlen. Ich denke, was unterm Strich klargeworden ist, ist dass die Corona-Krise natürlich wie ein Brennglas die Versäumnisse der Vergangenheit offengelegt hat. Ja, wir haben bislang keine Diskussion gehabt hinsichtlich der Endgeräte für Lehrkräfte. Und geschätzter Kollege Dr. Falk: Ja, ich bin gespannt. Es ist ein gutes neues Konzept; vielleicht fängt die CDU-Fraktion damit an, ihre Geräte für Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Das wäre einmal ein erster Anfang.

Abg. **Elisabeth Kula**: Mir ging es eigentlich auch um die Frage, die Herr Promny gerade angesprochen hat. Der Opposition wurde jetzt vorgeworfen, dass völlig fiktionale Zahlen in den Raum geworfen würden. Letzten Endes sind die von Herrn Schwarz vorgetragene 5 Millionen € auch nicht belegt worden. Sie haben sich in ihrer Rede auf eine nicht besonders aussagekräftige Telekomstudie gestützt. Auch ihre Zahl ist vollkommen aus der Luft gegriffen, denn das Problem ist, dass sie selbst nicht wissen, wie hoch der Bedarf eigentlich ist. Es gibt mittlerweile durchaus viele Schulträger, die selbst die Initiative ergriffen und Tablets angeschafft haben, die sich die Schülerinnen und Schüler ausleihen können. Deswegen trifft es natürlich auch nicht zu, dass man jetzt 800.000 Tablets auf einmal bestellen müsste, sondern man müsste zunächst erst einmal – ich finde, das ist schon die Aufgabe des Kultusministeriums – gucken, wie hoch der Bedarf eigentlich ist, und selbst das wissen wir nicht.

Ich schätze Sie für ihre Ausführungen und würde ihnen niemals Kompetenz oder anderes absprechen; ich finde in den letzten Wochen die Art und Weise der Auseinandersetzung zwischen regierungstragenden Fraktionen und Oppositionsfraktionen etwas schwierig, weil permanent, sobald irgendwelche Vorschläge aus der Opposition oder Kritik am Handeln der Regierung kommen, auch in der Corona-Krise, mit allen möglichen Verunglimpfungen um sich geworfen wird. Es sei dreist, frech, irrational oder unverschämte. Solche Sachen werden der Opposition permanent vorgeworfen.

(Abg. Daniel May: Das stimmt doch gar nicht! Ich habe das Protokoll hier vorliegen!)

– Ja, hören Sie sich die Landtagsdebatten einmal an. Leider hat sich das auch hier fortgesetzt, Herr May.

Ich würde mich über eine in der Sache vertieftere Debatte freuen und weniger über gegenseitige Schuldzuweisungen und dass man sich nicht gleich so angegriffen fühlt, wenn berechtigte Kritik von der Opposition kommt, was auch unsere Aufgabe ist.

Abg. **Armin Schwarz**: Liebe Kollegin Kula, von „frech“, „dreist“ und „irre“ habe ich nicht gesprochen, der Kollege May ganz gewiss auch nicht. Das brauchen wir nicht weiter zu



besprechen. Da schauen wir alle noch einmal in aller Ruhe das Landtagsprotokoll durch. – Das war meine erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung. Wir wissen sehr genau wie sich der Bedarf darstellen wird; das geht nämlich über das Sozialgesetzbuch. Zwischen 80 und 100.000 Geräte werden es sein; und dann kann man einmal zurückrechnen und die Mittel, die dann zur Verfügung stehen durch einen Wert von 400 oder 420 € teilen. Dann sehen wir, wo wir ungefähr ankommen. Insofern entspricht es nicht den Tatsachen, dass das eine „ohne Basis bezogene Größe“ sei. Das war mir an der Stelle noch einmal wichtig, dies zu hinterlegen. An dieser Stelle mache ich einen Punkt, weil wir eben schon beschlossen hatten, dass der Kollege Promny das Schlusswort hat. – Insofern vielen Dank.

Abg. **Daniel May**: Die vorletzte Wortmeldung kann ich so nicht stehenlassen. Mir und den Kollegen der Regierungsfractionen zu unterstellen, wir würden mit persönlichen Angriffen reagieren, ist nichtzutreffend, und das weise ich in aller Form zurück. Ich möchte ankündigen, dass, wenn dies in Zukunft weiter Ihr Vorhalt sein wird in öffentlicher Sitzung, dass wir dann die Sitzung unterbrechen und Sie mit Belegen aufwarten dürfen. Ich finde das nicht in Ordnung.

Das fing schon damit an: Die Opposition nörgele nur herum. – Das stimmt so auch nicht. Das kann man nachher auch alles im Wortprotokoll nachlesen, das über eine öffentliche Sitzung geführt wird. Aber bitte lassen Sie das, uns zu unterstellen, wir würden auf der persönlichen Ebene Angriffe führen, wenn das nicht zu belegen ist, weil das auch eine Art von unfairen Debattenkultur ist.

Abg. **Moritz Promny**: Ich will das Schlusswort gern übernehmen, nachdem Kollege Schwarz so freundlich war und sozusagen die Empirie für die 3,5 % dargelegt hat. Ich will jetzt für die Verdopplung auch unsere Empirie darlegen, denn der Punkt ist, dass es nicht nur um die Bedürftigen Kinder gehen kann. Wenn man auf den deutschen Kinderschutzbund abstellt, ist jedes vierte oder fünfte Kind betroffen. Deswegen haben wir die Berechnung dahingehend angestellt, dass wir gesagt haben, dass wir mindestens eine Verdopplung haben wollen. Von den 10 % sozusagen 20 %, damit jedes fünfte Kind, also round about 150 Tausend Kinder erfasst werden. Das ist unsere Empirie hinter den Zahlen.

### **Beschluss TOP 3 neu:**

KPA 20/18 – 03.06.2020

Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD gegen SPD, DIE LINKE, Stimmenthaltung Freie Demokraten)

Berichterstattung: Claudia Ravensburg  
Beschlussempfehlung: Drucks. [20/2910](#)

**Beschluss TOP 4 neu:**

KPA 20/18 – 03.06.2020

Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Entschließungsantrag abzulehnen.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD gegen SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE)

Berichterstattung: Claudia Ravensburg  
Beschlussempfehlung: Drucks. [20/2911](#)

**Beschluss TOP 5 neu:**

KPA 20/18 – 03.06.2020

Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen SPD, AfD, Freie Demokraten, DIE LINKE,)

Berichterstattung: Claudia Ravensburg  
Beschlussempfehlung: Drucks. [20/2913](#)

(Ende des öffentlichen Teils – folgt nicht öffentlicher Teil)